

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 6

Artikel: Wer, wie und wozu? : 1500 Leute sind in den Obersten Sowjet der UdSSR berufen worden
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1500 Leute sind in den Obersten Sowjet der UdSSR berufen worden

Wer, wie und wozu?

Laszlo Revez zu kleinen Seltsamkeiten der grossen Augenwischerei

Das soeben neu bestellte Parlament der UdSSR, der Oberste Sowjet, hat keine Machtbefugnisse, sondern eine Alibifunktion. Die Wahlen sind keine, weil sie ohne Alternative stattfinden. Und das Resultat der Nichtwahlen spielt keine Rolle, weil das Parlament bloss die Entscheidungen der Parteiführung gutzuheissen hat. Aber ein Blick hinter die Kulissen der Schaubühne lohnt sich doch, wie hier Prof. Revez in seinem Beitrag zeigt.

Am 4. März fanden in der UdSSR die Wahlen in den Obersten Sowjet statt. Er besteht aus zwei Kammern zu 750 Abgeordneten, dem Unions-sowjet und dem Nationalitätensowjet. Laut Mitteilung der Zentralen Wahlkommission («Iswestija», 7. 3. 1979) sind alle aufgestellten Kandidaten mit überwältigender Mehrheit gewählt worden. Das ist seit Beginn des Sowjetregimes immer so gewesen.

Die Mandatsverteilung: Immerhin ein demographischer Einblick

Die Wahlvorbereitungen sind in der Sowjetunion umständlich. Sie dienen einerseits der Erfüllung eines Rituals und andererseits der Verhinderung jeder echten Wahl oder Auswahl.

Auch die jüngsten Wahlen hatten ihre Etappen. Das Präsidium des Obersten Sowjets veröffentlichte am 17. Dezember den vier Tage zuvor gefällten Beschluss über das Datum der Parlamentswahlen. Am gleichen Tag regelte ein Ukas (eine Gesetzesverordnung) die Zuteilung der

Wahlkreise. Seit 60 Jahren gilt das Prinzip «ein Wahlkreis — ein Kandidat — ein Mandat».

Für den Unionsowjet verteilt man die Wahlkreise nach Einwohnerzahlen. Die Zuteilung auf die einzelnen Sowjetrepubliken verändert sich mit der demographischen Entwicklung. Das zeigt sich im Bild der neuen und der alten Wahlkreis-zahlen:

RSFSR 405 (früher 423)	Moldau 11 (11)
Ukraine 144 (150)	Lettland 7 (7)
Weissrussland 28 (28)	Kirgisien 9 (9)
Usbekistan 39 (35)	Tadschikistan 9 (8)
Kasachstan 41 (39)	Armenien 8 (7)
Georgien 14 (15)	Turkmenien 7 (6)
Aserbajdschan 15 (15)	Estland 4 (4)
Litauen 9 (10)	

Für den Nationalitätensowjet gilt die fixe territoriale Aufteilung nach Nationen (Völkern) und Nationalitäten (Volksgruppen), soweit diese über nominelle Eigenstaatlichkeit (Unionsrepubliken) oder nominelle Autonomie verfügen. Hier gilt unverändert folgender Schlüssel:

Turk-Stämme halfen der Safaviden-Dynastie in den Sattel, und die Bakhtiari beteiligten sich am Verfassungskampf von 1906. Fast bis auf den heutigen Tag haben Oberhäupter der Qasghai- und Bakhtiari-Stämme in der Zentralregierung hohe Posten bekleidet. Die Peripherie des Landes war in Emirate und Khanate aufgesplittert; die Zentralregierung pflegte versöhnliche Beziehungen mit ihnen — oder bekam ihren Widerstand zu spüren; von Zeit zu Zeit erschütterte eine Zentralisierungswelle das Land.

Der sorgfältige Beobachter wird die begonnene Landreform, so problematisch sie auch sei, und die keimende Sozialgesetzgebung der letzten Jahrzehnte nicht übersehen. An in- und ausländischen Universitäten im ganzen Westen sind buchstäblich Hunderttausende von Studenten ausgebildet worden. Man sollte die Bedeutsamkeit der Glaubensfreiheit nicht zu gering veranschlagen.

«Im modernen Iran waren die minoritären Glaubensgemeinschaften — Juden, Armenier, Zoroastrier und assyrische Christen — bedeutend weniger der Angst vor Behelligung ausgesetzt als durch Jahrhunderte zuvor. Soziale und geschäftliche Beziehungen zwischen ihnen und den Muslimen wurden in einem früher undenkbar Masse möglich. Ihre Religionen wurden dank Schah Rezas Bestehen auf Glaubensfreiheit geduldet.

15 Unionsrepubliken zu 32 Wahlkreisen	480
20 Autonome Republiken zu 11 Wahlkreisen	220
8 Autonome Gebiete zu 5 Wahlkreisen	40
10 Autonome Kreise zu 1 Wahlkreis	10
	750

Sogenannte «Stimmbezirke» besorgen die konkrete Wahlorganisation und regeln die Stimmabgabe. Diesmal zählte man 184 047 solcher Wahlausschüsse mit insgesamt 1,6 Millionen Mitgliedern («Iswestija», 24. 1. 1979).

Die massgeblichen Vorbereitungen indessen obliegen der Zentralen Wahlkommission. Gebildet wird sie auf der Grundlage von «Empfehlungen» der Werktätigenkollektive durch einen Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets. Die Aufstellung von Kandidaten für dieses Gremium begann am 18. Dezember 1978, und am 21. Dezember bestätigte der Ukas bereits die definitive Zusammensetzung.

Das obligate Paradox: Die praktische Wahl findet vor der Vorwahl statt

Die wichtigste Etappe der eigentlichen Wahlvorbereitung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt: die Nominierung der Kandidaten durch die Parteibehörden. Hier wird eigentlich schon alles entschieden, und das gesamte spätere Procedere ist vorgeschriebenes Bestätigungszeremoniell. Es kommt der erste offene Schritt. Die vorselektionierten Kandidaten werden durch die einzelnen «gesellschaftlichen Organisationen» angeblich aufgestellt und bekanntgegeben.

In einem zweistufigen Verfahren von «Vorwahlversammlungen» scheidet man dann die überschüssigen Bewerber aus, die im vornherein als einstweilige Dekorationselemente der Auswahl feststehen. In den Vorwahlversammlungen der Werktätigen (Betriebsversammlungen), die diesmal am 27. Dezember 1978 anriefen, gibt es noch mehrere Anwärter. In den Vorwahlberatungen der Wahlkreise (diesmal ab 10. 1. 1979) «einigen

Iran

(Fortsetzung von Seite 3)

baidschan) sowie — nebst einigen andern winzigen Restgruppen — den aramäischsprechenden Mandäern, die von europäischen Reisenden im 17. Jahrhundert irrtümlicherweise «Christen Johannes' des Täufers» genannt wurden, weil sie diesen als Propheten verehrten, obwohl ihre Religion babylonische, hebräische, nestorianische, islamische sowie persische Elemente enthielt.

Ist eine gute Inquisition besser als schlechte Reformen?

Diese vielsprachige Gesellschaft entstand als Resultat von aufgezwungener Herrschaft (und damit oft aufgezwungener Sprache und Religion), durch Eroberung, freiwillige Umsiedlung oder zwangsweise Verpflanzung, durch sprachliche und ethnische Vermischung sowie zweifellos durch freiwillige Assimilierung mit den kulturell Vorherrschenden. Man erinnere sich nur, dass nichtpersische Stämme dem Staat Herrscherdynastien gegeben haben (die türkischen Afshari und die Kadschari).

Es gab einen Paragraphen über die spezielle Vertretung dieser Gemeinschaften im Parlament.»²

Den andern Minderheiten jedoch, linguistisch und territorial, potentiell oder tatsächlich nationalgesinnt, hatte man kulturelle Freiheit, das Recht auf Pflege der eigenen Sprache in den Schulen, in Presse und Literatur nicht gewährt.

Kann das Regime eines Einheitsstaates, das auf der Schia-Richtung primitivster Prägung basieren soll, solche Freiheiten gewähren, ohne dadurch sein Bestehen zu gefährden? Kann kulturelle Freiheit sich bewähren ohne politische Freiheiten, die zu Autonomie und föderaler Struktur des Staates führen müssten?

Inzwischen entwickelt sich die «islamische Revolution», die anfänglich von islamisch wie revolutionär Gesinnten blind jubelt worden ist, zu einer «blutigen Inquisition», welche die kulturelle Katastrophe ankündigt. Lassen sich mittels Dekreten die Auswirkungen der Säkularisierung ungeschehen machen, nachdem sich der Iran seit Beginn unseres Jahrhunderts diesem Trend geöffnet hatte?

*

(Diese und weitere Fragen wird der Autor in einem Artikel über den Islam behandeln.)

²Peter Avery: Modern Iran. London 1967.

sich» die Wähler dann auf die Person, die von Anfang an gemeint war. Sie wird dann als offizieller Kandidat registriert, und weil keine Gegenkandidaten zugelassen werden, ist die spätere «Wahl» zwangsläufig.

Die multiple Kandidatur von Breschnew und Co.

Die Ausnahme zu solcher Einmannkandidatur ist interessant: sie betrifft die Kandidatur der höchsten Partei- und Staatsfunktionäre. Diese lassen sich in rangmässig bestimmter Häufigkeit in verschiedenen Wahlkreisen der UdSSR aufstellen und entscheiden sich später dann definitiv für einen zusagenden Wahlkreis. In den übrigen Wahlkreisen muss in solchen Fällen natürlich ein entsprechender Ersatz vorgesehen sein.

So ist Breschnew in mindestens 150 Wahlkreisen als «erster Kandidat» aufgestellt worden und Kossygin immer noch in einigen Dutzend. Insgesamt haben 28 Partei- und Staatsführer vorerst in mehreren Wahlkreisen als Kandidaten figuriert; die Annahme des endgültigen Wahlortes erfolgt laut «Empfehlung des KPdSU-Zentralkomitees». («Prawda», 21. 1. 1979)

Der Text des Wahlgesetzes lässt an sich die Nominierung von mehr als einem Kandidaten pro Mandat zu, aber es ist doch hübsch zu sehen, wo von dieser Möglichkeit in Annäherung auch Gebrauch gemacht werden darf: ein Breschnew soll möglichst viel portiert werden, um dann dankend auf alle bis auf eine Offerte verzichten zu können; mehr als einen Parlamentssitz darf auch er nicht beanspruchen. (Tatsächlich würde es keine Rolle spielen: der jeweilige «zweite Kandidat» hat dann als Parlamentarier auch nichts anderes zu tun als so zu stimmen, wie es das ZK empfiehlt.)

Die Registrierung der Kandidaten durch die

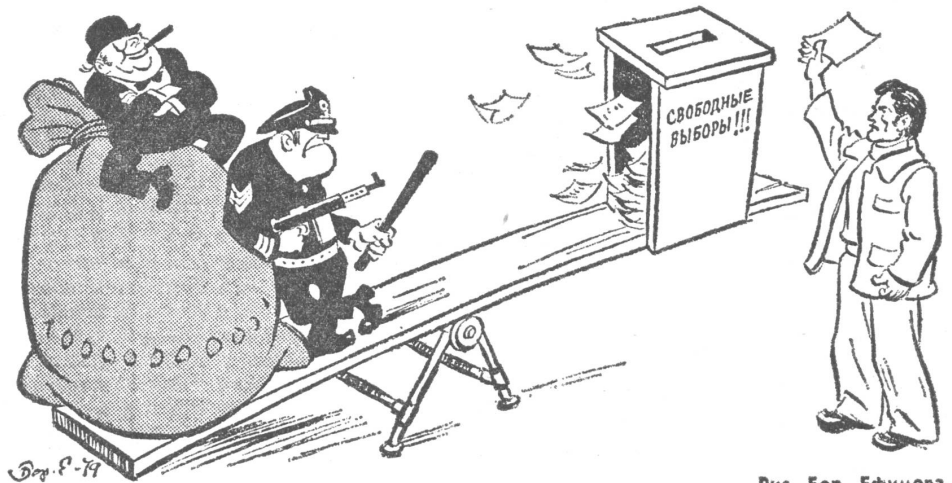


Рис. Бор. Ефимова.

Und dann noch die «Arglosigkeit», die westlichen Wahlen als Scheinmanöver von Kapital und Polizei anzuprangern, wie es diese «Iswestija»-Karikatur vom 4. 3. 79 tut. Auf der Wahlurne steht «Freie Wahlen».

Wahlkreiskommissionen begann am 27. Januar 1979, und anschliessend fanden erst die Wahlversammlungen oder «Wählerversammlungen» statt. Hier gibt es auch formell nichts mehr zu wählen oder auszuwählen. Der Kandidat stellt sich seinem Auditorium als künftiger Parlamentarier vor und beantwortet anschliessend ein paar meist bestellte, auf jeden Fall aber passende Fragen aus dem Publikum.

Und dann der «Wahlkampf» mitsamt einer unerheblichen Vergesslichkeit

Zu diesem Zeitpunkt prägt der «Wahlkampf» auch das Strassenbild. Dieses Jahr hatte der Moskauer Plakatverlag zu diesem Zweck über 70 Wahlplakate gedruckt. Das «zentrale» Exem-

plar trug die Aufschrift «Dies ist unsere Sowjetmacht». Weitere Texte: «Die Verfassung des entwickelten Sozialismus» und «In der UdSSR gehört alle Macht dem Volk» und «Alles für die Wahlen!». («Iswestija», 21. 2. 1979)

Wie klein die «Ungewissheit» über die definitive Aufstellung der Kandidaten ist, zeigte sich gerade dieses Jahr in einer hübschen Erscheinung. Die Periode, in welcher die Kandidaten offiziell aufgestellt werden konnten, ging erst am 1. Februar 1979 zu Ende. Tatsächlich begannen aber die Wahlversammlungen, in denen man die definitiv nominierten Kandidaten den Bürgern vorstellt, schon im Januar, zu einem Zeitpunkt also, als man ihnen nominell noch Konkurrenten hätte zur Seite stellen dürfen. Die Veranstalter haben das offenbar ganz einfach vergessen.

Am Wahltag öffneten die Stimmbezirkskommissionen ihre 174 047 Stimmlokale. Hier erhielten die Wähler ihre vorgedruckten Stimmzettel. Noch konnten die Wähler Gebrauch von der Möglichkeit der Namensstreichung machen. Aber dazu hätten sie im Stimmlokal selbst eine Kabine aufsuchen müssen und wären somit als negative Elemente erkennbar gewesen. Jedermann in der UdSSR versteht, dass das für ihn unvorteilhaft wäre.

Zusätzliche Stimmlokale waren eingerichtet auf 3000 Schiffen, in 261 Bahnhöfen, 111 Flughäfen und 400 Fernzügen.

Unter den 750 Abgeordneten des Unionsowjets findet man 158 Partei- und 97 (hohe) Staatsfunktionäre, 38 Generäle, 32 Kolchospräsidenten usw. Dazu zählt man 292 Arbeiter und 38 Kolchosbauern. Aehnlich sieht es mit der sozialen Zusammensetzung im Nationalitätenowjet aus: 282 Arbeiter und 66 Kolchosbauern gegenüber 93 Partei- und Staatsfunktionären, 36 Generalen usw.

Man hatte es für angebracht gehalten, unter den 1500 Abgeordneten beider Kammern 487 Frauen wählen zu lassen. Interessant ist hierbei, dass die Frauen offenbar vor allem dazu da sind, den Vertretungsanspruch der unteren Schichten zu manifestieren. Von den insgesamt 574 Arbeitern sind nämlich 302 weiblich, und von den 104 Kolchosbauern sogar runde 100. Unter den Staatsfunktionären gibt es 8 Frauen (u. a. eine Vize-ministerpräsidentin der RSFSR), unter den Parteifunktionären keine einzige.

Berufssoziographie des Obersten Sowjets

Quelle: «Prawda», 7. März 1979

	Arbeiter	Kolchosbauern	Parteifunktionäre	Staatsfunktionäre	Generäle	Intellektuelle	Kolchospräsidenten	Wissenschaftler	Direktoren	Angestellte	Künstler	Gewerkschaftsfunktionäre	Sowchosdirektoren	Konsumol-funktionäre	Funktionäre gesellschaftl. Org.	Total
Unionsowjet	292	38	158	97	38	17	32	26	23	17	4	3	2	1	2	750
Nationalitätenowjet	282	66	93	96	36	49	31	31	15	21	14	12	3	1	—	750
Oberster Sowjet insgesamt	574	104	251	193	74	66	63	57	38	38	18	15	5	2	2	1500
RSFSR	253	31	107	90	26	27	31	23	26	20	6	3	3	1	1	648
Ukraine	65	13	32	23	10	5	9	6	2	8	2	1	—	—	—	176
Weissrussland	24	4	11	9	3	3	3	1	1	—	—	1	—	—	—	60
Kasachstan	28	3	24	9	2	2	1	1	1	—	—	—	1	—	—	73
Usbekistan	33	6	17	6	3	4	3	2	2	—	—	1	—	1	—	82
Aserbajdschan	24	8	7	10	5	4	1	2	—	—	2	2	1	—	1	63
Georgien	25	10	7	9	5	4	2	5	1	2	2	1	—	—	—	73
Litauen	14	3	4	4	3	2	2	2	3	2	1	1	—	—	—	41
Moldau	19	2	6	6	1	3	2	1	1	—	1	1	—	—	—	43
Lettland	17	3	6	3	4	2	1	1	—	—	1	1	—	—	—	39
Kirgisien	16	5	7	5	2	1	—	3	1	—	1	—	—	—	—	41
Tadschikistan	17	5	7	4	3	3	2	3	—	1	—	1	—	—	—	46
Armenien	14	6	6	5	4	1	—	2	—	1	—	1	—	—	—	40
Turkmenien	12	5	8	5	1	—	4	2	—	1	1	—	—	—	—	39
Estland	12	—	3	5	2	5	2	3	—	2	1	1	—	—	—	36

Kleine Berufssoziographie des Parlaments: He, Obermanager, hier figurierst du als Bauer, klar?

Hier müssen wir anfügen, dass wir die Aufteilung zwischen Arbeitern und Bauern nach den detailliert angeführten Berufen vorgenommen haben und nicht nach der Kategorisierung in der Mitteilung der Zentralen Wahlkommission, die summiert von 522 Arbeitern und 244 Kolchosbauern gesprochen hatte. Dazu hatte man allerdings die Dorfmechaniker den Bauern statt den Arbeitern zugehalten. Vor allem aber waren die Präsidenten und Abteilungsleiter der Kolchosen ebenfalls als Bauern angeführt. In unserer Tabelle haben wir die Ersten als eigene Kategorie angeführt (parallel zu den Betriebsdirektoren) und die Zweiten den Angestellten zugezählt, weil sie tatsächlich reine Verwaltungsarbeit leisten. So haben wir die Zahlen wieder etwas in die Proportionen gerückt. Nach der Methode, mit der die offizielle Mitteilung die Bauernvertretung aufpolierte, müsste man nämlich logischerweise die Fabrikdirektoren als Arbeiter anführen!

Die Moskauer schwärmen aus und werden Volksvertreter aus der Provinz

Noch etwas anderes ist bei der Zusammensetzung des Obersten Sowjets von Interesse: Auf dem ganzen Unionsgebiet wurden Leute mit Wohnsitz in Moskau gewählt. Etliche Angestellte des KPdSU-ZK kandidierten in der Provinz: zwei in der Ukraine und je einer in Weissrussland, Usbekistan, Kasachstan, Georgien, Lettland usw. Auch hohe Ministerialbeamte kamen etwa via Armenien zu ihrem Parlamentssitz. Das gleiche gilt für die Redaktoren der zentralen Zeitungen; da sie offenbar ins Parlament sollten, aber keinen Platz im ausgebuchten Moskauer Kontingent fanden, liessen sie sich in allen möglichen Gebieten oder «autonomen» Territorien aufstellen. Insgesamt wurden 79 Moskauer (grossteils Partei- und Staatsfunktionäre) ausserhalb der zentralrussischen Gebiete gewählt. Die Stadt Moskau

hielt übrigens kein Gegenrecht: ihre 23 Abgeordneten sind durchwegs aus Moskau. Und die 18 Abgeordneten des Gebietes Moskau sind zum Teil ebenfalls in der Stadt selbst daheim.

Der zweite gute Grund für den ganzen Aufwand

So ist manches an der Zusammensetzung interessant bis pikant. Allerdings: machtpolitisch relevant ist das alles zusammen nicht.

Die Arbeit des Obersten Sowjets hat den Charakter einer reinen Formalität. Das Parlament hat nichts anderes zu tun, als die Entscheide des Zentralkomitees abzusegnen. Zweimal jährlich tagt der Oberste Sowjet in Kurzsitzungen von drei bis vier Tagen. Direkt zuvor aber findet jeweils die Plenarsitzung des KPdSU-ZK statt, und dort wird bestimmt, was das Parlament abschliessend zu «beschliessen» hat. Insofern spielt es auch keine Rolle, dass die Wahlen durch und durch besch...ummelt sind: die unechten Volksvertreter haben ja ohnehin nichts zu sagen.

Von der Effektivität her kann man die Frage stellen: Wozu eigentlich das ganze Theater, die «Wahlpropaganda» und das ganze aufwendige Verfahren, das die werktätigen Massen zu bezahlen haben?

Nun, es gibt zwei Hauptgründe. Der eine liegt darin, dass die Scheindemokratie immer noch nicht auf ihr Alibi verzichten will; schliesslich lautete der revolutionäre Slogan von Anno dazumal «Alle Macht den Räten!» und nicht «Alle Macht dem Politbüro!». Der andere Grund aber liegt ganz einfach darin, dass ein Mandat im Obersten Sowjet ein Statussymbol geworden ist. Höhere Leute haben ein Anrecht darauf, und kleinere Leute kriegen ihre Lotterechance, wenn sie ganz besonders brav sind. Der Dekorationswert der Sache ist erst kürzlich durch das Präsidium des Obersten Sowjets bestätigt worden: Parlamentarier dürfen sich durch ein besonderes Abzeichen auf der Brust zu erkennen geben. ■

Der Kommentar

Die Qual der Wahl gab es bei den sowjetischen Wahlen auch dieses Jahr nicht, aber es gab erstmals immerhin den Versuch, sie zu schaffen. Natürlich ist die amtliche Maschinerie damit fertig geworden. Doch der Präzedenzfall verdient registriert zu werden, wenn schon keine «wildern» Kandidaten registriert worden sind.

Im Vorfeld der Wahlen haben zwei unabhängige Gruppen von Staatsbürgern die Möglichkeit getestet, eigene Kandidaten zu nominieren. Tatsächlich ist es laut Verfassung grundsätzlich zulässig, pro Wahlkreis mehr als einen Kandidaten aufzustellen, und laut amtlicher Version werden die Kandidaten ja von den Stimmbürgern vorgeschlagen; also... Unzulässig ist es für die Praktiker des Systems lediglich, dass die Staatsbürger auf den Gedanken kommen könnten, ungeheissen von solchen Rechten Gebrauch zu machen. Aber nun ist das Unerhörte doch geschehen. Zwei «Wählerinitiativen» haben es im Vorfeld der Wahlen darauf ankommen lassen. In Moskau stellte die Bürgerinitiative «Wahl 79» den Historiker (und «marxistischen Dissidenten») Roy Medwedew sowie die Ingenieurin Ludmilla Agapowa auf. In der litauischen Hauptstadt Vilnius (Wilna) portierte ihrerseits eine Wählergruppe einen amtlich unvorhergesehenen Bewerber.

Die Behörden parierten den «Affront» zunächst einmal technisch, indem sie die Gegenkandidaten einfach nicht registrierten; am Wahltag hatten die Wähler also wiederum keine Auswahl. Ob und wie man diese praktische Erprobung der Verfassungsgarantien nachträglich noch behandeln wird (z. B. polizeilich oder psychiatrisch), steht vorderhand aus.

Der praktische Wert der Sache wird in oppositionellen Kreisen der UdSSR offenbar als debattabel empfunden; der (angefragte) Sacharow zum Beispiel wollte da nicht mittun. Und gewiss hat man einstweilen das gewohnte Resultat für die Kandidaten der amtlichen Alternativlosigkeit: 99,89 Prozent der Stimmen beim Unionssowjet und 99,91 Prozent beim Nationalitätensohwjet (die Frage nach einer unabhängigen Kontrolle über die Stimmenauszählung wird hier nicht gestellt). Aber es ist ja nicht unsere Aufgabe, vom Westen aus über die richtige Strategie sowjetischer Dissidenten zu befinden. Sie gehen alle das Risiko ihrer eigenen Wege ein.

Roy Medwedew sagt, die Abwürgung der «Wählerinitiativen» habe den nichtdemokratischen Charakter des sowjetischen Wahlsystems unterstrichen. Relevant ist dabei — wie häufig in solchen Fällen — nicht so sehr die Entdeckung als vielmehr ihre Aeussierung. (Uebrigens ist Roy Medwedew selber sonst zwar als Kritiker des Regimes bekannt, aber auch gleichzeitig als Befürworter der sowjetischen Ordnung; hier nun macht er eindeutig Systemkritik.)

In der Gewissheit unangenehmer Folgen für sich selbst nehmen es in der UdSSR immer mehr Leute auf sich, dem Land und der Welt vor Augen zu führen, dass Wahlen ohne Alternativmöglichkeit ihren Namen nicht verdienen. Dort merken die Leute, was sie nicht haben. Und wir im Westen merken nicht, was wir haben. cb



So hatte der Oberste Sowjet 1977 den Parteichef Leonid Breschnew zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, also zum Staatschef, gewählt.